

## F a k t e n u n d A r g u m e n t e

*Edmund Stoiber: Ich will die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung hier von amerikanischem Boden aus nicht explizit führen, sondern unsere Position darstellen. Die Union hat ein ungebrochenes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Von Adenauer bis Kohl. Daran möchte ich anknüpfen. Wir genießen deshalb bei den Amerikanern einen größeren Vertrauensbonus.*



Foto: dpa

GEORGE W. BUSH ZU EDMUND STOIBER:

### Sie haben eine **große Aufgabe** vor sich

Der amerikanische Präsident messe – das sei ihm „sehr klar geworden“ – „engen und freundschaftlichen Beziehungen“ mit der Bundesrepublik Deutschland einen besonderen Stellenwert zu.

Mit diesen Worten beschreibt Kanzlerkandidat Edmund Stoiber den Eindruck, den er in einem 50-

minütigen Gespräch mit George W. Bush am 12. April im Weißen Haus gewonnen hat. Deshalb habe ihm der amerikanische Präsident auch die Bereitschaft erklärt, sich bei wichtigen Entscheidungen mit Deutschland und Europa abzustimmen. „Von Alleingängen oder Unilateralismus jedenfalls“ – so Stoiber – „kann keine Rede sein.“ ▶

### INHALT

ANGELA MERKEL:

Jeder Bürger soll wieder eine Stimme bekommen. Zwei Jahre Parteivorsitz  
SEITE 4-5

DOKUMENTATION

Für Krieg braucht es nur eine Seite, für Frieden zwei. Laurenz Meyer bei der Kundgebung des Zentralrats der Juden in Deutschland in Frankfurt am Main

INNENTEIL

Wir brauchen Amerika **dauerhaft** in Europa

Der Terrorangriff am 11. September traf die USA, aber er galt der gesamten freien Welt. Die islamischen extremistischen Terroristen wollen Freiheit und Demokratie, Menschenrechte, Liberalität, Rechtsstaat, Religionsfreiheit und die freie Wirtschaft zerstören. Dagegen muss sich die Welt wehren.

Die USA haben bewiesen, dass sie die Kraft und Entschlossenheit dazu aufbringen. Auch wir Europäer sind gefordert, mehr Verantwortung für den Weltfrieden zu übernehmen.

Die Stärkung einer neuen globalen Sicherheitsarchitektur ist in Gang gekommen. Sie muss auf den vorhandenen Fundamenten aufbauen. Für Deutschland und seine europäischen Partner bleibt deshalb die Nordatlantische Allianz auch künftig von entscheidender Bedeutung, und wir brauchen Amerika dauerhaft in Europa.

*Aus der Rede von Edmund Stoiber am 11. April im Deutschen Haus in New York*

## George W. Bush: Ich schätze die Deutschen

*Fortsetzung von Seite 1*

**„Ganz im Gegenteil: Die Europäer sind es, die sich wesentlich intensiver als bisher mit den Gefahren auseinander setzen müssen, die der internationale Terrorismus verursacht.“**

Konkret nannte Kanzlerkandidat Stoiber das Terrornetzwerk Al-Qaida und die Politik des Irak unter Saddam Husein.

Die Außen- und Sicherheitspolitik stand im Vordergrund des Gesprächs, an dem zeitweise auch Vizepräsident Dick Cheney und Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice teilnahmen. Es war von einem neuen palästinensischen Selbstmordattentat in Jerusalem überschattet, und George W. Bush hatte, kurz bevor er mit Edmund Stoiber sprach, über diesen Anschlag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert.

Russland spiele eine wichtige Rolle im Kampf gegen den internationalen Ter-

rorismus. Das gute Verhältnis des Kremls zu den Europäern – aber auch zu den USA – sei deshalb für Bush von großer Bedeutung.

**Sehr gut mit der Lage in Deutschland vertraut**

„Ich schätze Deutschland. Und ich schätze die Deutschen“, versicherte der amerikanische Präsident seinem Besucher und ging mit dieser Erklärung auf Einzelheiten der deutschen Politik ein, die Edmund Stoiber nach seinem Gespräch im Weißen Haus zu der Bemerkung veranlassten: „Ich war erstaunt, wie genau der Präsident die politische Lage in Deutschland kennt.“

Gleich zur Begrüßung seines Gasts hatte Bush auf die Wahlen im September Bezug genommen und Stoiber zu den Worten herzlich die Hand geschüttelt: „Hallo, mein Freund. Sie haben eine große Aufgabe vor sich.“

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelthöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

## SPD erlebt **Einbruch** bei Siegeswillen und Kampfmoral

„Wir sind mit dem bisherigen Verlauf des Wahlkampfes sehr zufrieden und haben bisher unsere Wahlkampfstrategie präzise durchgehalten.“

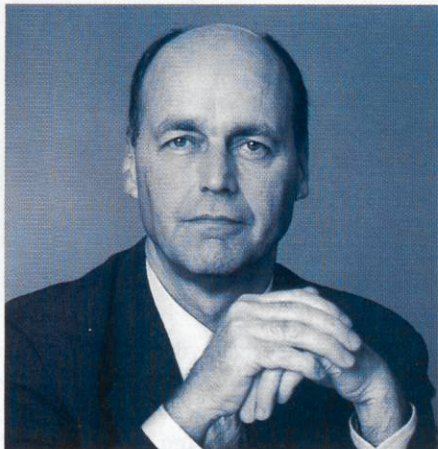
In einem Pressegespräch am 11. April erläuterte Generalsekretär Laurenz Meyer: Bereits im Vorfeld der **Nominierung des Kanzlerkandidaten** sei es der Union gelungen, die Meinungsführerschaft zurück zu erobern und in wichtigen Kompetenzfeldern, auch in der Sonntagsfrage, vor der SPD zu liegen. Mit der Nominierung Edmund Stoibers habe sich dieser Trend zu Gunsten der Union weiter verstärkt, erklärte Meyer. Insgesamt seien „Kampfmoral und Siegeswille“ in der Anhängerschaft der Unionsparteien sehr gewachsen: „Während zurzeit 90 Prozent der CDU-Anhänger erwarten, dass ihre eigene Partei gestärkt wird, trifft dies für nur noch 50 Prozent der SPD-Anhänger zu.“

■ **Aktuell** arbeite die Union weiter daran, das Bewusstsein in der Bevölkerung für

die mangelnde Kompetenz der Bundesregierung und ihres Kanzlers zu schärfen: In den Augen der Bürger sei die Steuerreform ein Flop. 51 Prozent seien der Ansicht, dass die Steuer-

last heute höher sei als vor der Reform. Für 56 Prozent sei die Gesundheitsvorsorge schlechter als vor vier Jahren, und 48 Prozent sind der Meinung, dass die Rente weniger sicher sei. 83 Prozent betonen, dass die soziale Kluft größer geworden sei, und mehr als die Hälfte der Befragten gebe an, dass Rot-Grün keine wichtigen Reformen in Gang gesetzt habe.

Diese Zahlen belegen, dass sich allmählich eine „Wechselstimmung“ herausbildet: „Diesen Trend wird die Union nach Kräften fördern“, sagte Laurenz Meyer. Ange-



sichts der zahlreichen gebrochenen Versprechen der Schröder-Regierung hätten die Menschen von „hehren Verheißungen“ genug. Stattdessen „wollen sie endlich wieder gut regiert werden“.

■ Mit der **Präsentation des gemeinsamen Wahlprogramms** von CDU und CSU am 29. April fällt der Startschuss für eine neue Phase. Angesichts der 4,3 Millionen Arbeitslosen und einer Rekordzahl bei den Unternehmenspleiten werde jeden Tag deutlicher, dass „Deutschland eine bessere Regierung verdient hat“.

# Jeder Bürger soll wieder eine Stimme bekommen

Am 10. April 2000 – vor zwei Jahren – hat der Essener Parteitag Angela Merkel mit einem Traumergebnis von 96 Prozent zur Vorsitzenden der CDU gewählt. In einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* nahm sie aus diesem



Anlass zu einer Reihe von aktuellen Themen Stellung. Hier die Zusammenfassung ihrer Antworten auf die wichtigsten Fragen:

**■ CHANCEN:** Ich bin sehr zufrieden. Es war eine sehr spannende und erfolgreiche Zeit. Die CDU hat – gemeinsam mit der CSU – heute die große Chance, die

Bundestagswahl am 22. September zu gewinnen.

**■ SYMPATHIE:** Ich habe damals in Essen gesagt: „Ich wünsche, dass jeder, der mich heute gewählt hat, mir auch, wenn es schwierig wird, zur Seite steht.“ Die große Sympathie von damals spüre ich heute noch: viel Unterstützung durch die Parteimitglieder, viel Hoff-

**■ GESCHLOSSENHEIT:** Ausgesprochen schwierig war die Situation im Zusammenhang mit der Bundesratsentscheidung über die Steuerreform. Eine Lehrstunde. Deshalb bin ich außerordentlich froh, dass wir bei der Zuwanderungsdebatte die Geschlossenheit hinbekommen haben. Die Menschen haben das auch honoriert.

**■ WAHLKAMPF:** Ich werde überall in Deutschland Termine haben, in Veranstaltungen auftreten, eine Sommertour machen. Mein wichtigstes Anliegen dabei: Jeder Bürger in diesem Land soll wieder eine Stimme bekommen. Denn Schröder hat eine auch für Sozialdemokraten schlimme Entwicklung eingeleitet: Danach spielen zunehmend die Großen in dieser Gesellschaft eine wichtige Rolle – „Bosse“ und Gewerkschaftsfunktionäre –, aber nicht der Einzelne, der ebenfalls wertvolle Leistungen für unser Land erbringt. Das soll sich ändern.

## Richard von Weizsäcker zum Geburtstag

In einem Glückwunschs Schreiben hat die Parteivorsitzende Altbundespräsident Richard von Weizsäcker zur Vollendung seines 82. Lebensjahres gratuliert. „Meine Gratulation gilt dem Politiker, der in einzigartiger Weise eine gesellschaftliche Mitte in Deutschland verkörpert“, betont Angela Merkel in ihrem Brief. Stets habe sich von Weizsäcker mit den Grundwerten der modernen Gesellschaft auseinander gesetzt und Dialoge zwischen Kirche und Politik, Jung und Alt, zwischen Ost und West eröffnet.



■ **WIRTSCHAFT:** Die Bundesregierung und – als Hauptverantwortlicher – deren Bundeskanzler haben eine Politik gemacht, die uns wirtschaftlich nicht voran bringt. Weit über 30.000 Pleiten werden wir dieses Jahr haben – alle 15 Minuten eine: die Folge von immer mehr Bürokratie und einer schlecht gemachten Steuerreform, die vor allen Dingen den Mittelstand benachteiligt und keine neuen Arbeitsplätze möglich macht.

■ **WEHRPFLICHT:** Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten gibt es bei uns keine Stimme, die die Abschaffung der Wehrpflicht fordert. Wir rütteln nicht daran. Es bleibt bei neun Monaten und einer 300.000 Mann starken Bundeswehr.

■ **NAHOST:** Es geht darum, das Existenzrecht Israels zu sichern und den Palästinensern eine Perspektive zu bieten. Es geht darum, die Friedensbemühungen wieder in Gang zu bringen, für Sicherheit zu sorgen und den Terror einzudämmen. Deshalb wünschen wir der amerikanischen Nahostinitiative Erfolg. Die Möglichkeit eines Bundeswehreinsetzes, den die Regierung ins Spiel gebracht hat, steht für uns nicht auf der Tagesordnung.

## Kantig. Echt. Erfolgreich.



**DER WEG**, den CDU und CSU eingeschlagen haben, ist nach Meinung von Werbefachleuten und Wissenschaftlern Erfolg versprechend. ■ „Viel moderner als alle bisherigen Kampagnen“ – so beurteilt die Geschäftsführerin der Werbeagentur Jung von Matt/Isar, Elisabeth Baumgartner, das neue Stoiber-Plakat. ■ „Sympathie, Aktivität und Kompetenz“ – damit vermittelt das Plakat die drei wichtigsten Faktoren der Personenwahrnehmung, lobt der Münchner Medienwissenschaftler Hans-Bernd Brosius, der seit den 80er Jahren Wahlplakate analysiert. ■ Der Berliner Kommunikationswissenschaftler Lutz Erbring bezieht sich offensichtlich darauf, wie Michael Spreng, Thomas Goppel und Laurenz Meyer am 4. April im Konrad-Adenauer-Haus das „Gegenmodell zu Schröder“ vorgestellt und erläutert haben: „Auf die Diskussion der Plakate in den Medien kommt es an. Je schärfer sie ist, desto besser.“

## Fachausschuss Sport in Magdeburg

Der Arbeitskreis Leistungssport des Bundesfachausschusses Sport unter der Leitung von Klaus Riegert ist am 11. April in Magdeburg zusammengekommen. Gäste: die Parteivorsitzende Angela Merkel und der Landesvorsitzende der CDU Sachsen-

Anhalt, Wolfgang Böhrner. Auf dem Programm stand ein Besuch des Sportgymnasiums Magdeburg und des Olympiastützpunkts Magdeburg/Halle. Angela Merkel würdigte den Einsatz der Lehrer, Trainer und Betreuer für die Jugendlichen.

ANDREAS SCHMIDT:

# SPD-Generalsekretär Müntefering hat die Öffentlichkeit **getäuscht**

## Erklärung des Obmanns der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss:

Bereits zu Beginn der Vernehmung hat der von dem Kölner SPD-Unterbezirk beauftragte Wirtschaftsprüfer Dr. Menger als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss dargelegt, wie die von der SPD vollmundig angekündigte „rückhaltlose“ Aufklärung der SPD-Korruptionsaffären tatsächlich betrieben wird.

Der Wirtschaftsprüfer hat vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt, er habe bereits am 14. März seinen Bericht über die Überprüfung des SPD-Unterbezirks Köln an Herrn Schmude und die Bundesschatzmeisterin der SPD, Frau Wettig-Danielmeier, übersandt.

Nach diesem Bericht konnten die Bareinzahlungen der in der sogenannten Biciste-Liste ausgewiesenen Empfänger von Spendenquittungen durch den Bundesvorstand der SPD namentlich bereits seit dem 14. März entschlüsselt werden.

SPD-Generalsekretär Müntefering hat bei seiner

Aussage vor dem Untersuchungsausschuss am 21. März diesen Bericht mit keinem Wort erwähnt. Er hat damit die Öffentlichkeit über wesentliche, der SPD längst bekannte Fakten getäuscht. Er hat ausgesagt, es sei erst teilweise möglich, Spenden bestimmten Personen zuzuordnen, obwohl in dem Bericht des Wirtschaftsprüfers bereits die Namen enthalten waren.

## Fragen zu Leuna-Akten an die Bundesregierung

**Nach Medienberichten ist über Jahre vom Bundeskanzleramt der unzutreffende Vorwurf erhoben worden, es seien Akten zu Leuna etc. im Kanzleramt verschwunden.**

Es müssen die für diesen ungeheuren Vorgang Verantwortlichen unverzüglich festgestellt und die entsprechenden strafrechtlichen und disziplinarrechtlichen Konsequenzen gezogen werden. Es muss auch geklärt werden, ob und warum das Bundeskanzleramt sich



bisher davor drückt, eine von der Staatsanwaltschaft Bonn erbetene Stellungnahme abzugeben.

Ich habe deshalb folgende dringliche Fragen an die Bundesregierung für die Fragestunde im Deutschen Bundestag am 17. April eingereicht:

■ Wann haben Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier von dem in der Welt am Sonntag vom 14. April erwähnten Fund von angeblich verschwundenen Original-Leuna-Akten im Bundeskanzleramt erfahren und was haben sie daraufhin unter strafrechtlichen (Verdacht der falschen Anschuldigung) und disziplinarrechtlichen Gesichtspunkten gegenüber dem Sonde-



GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER::

## Hans Eichel spuckt **große Töne**

**Zur Behauptung des Bundesfinanzministers, die Steuerpläne der Union seien „unsozial“:**

Bevor der Bundesfinanzminister derart große Töne spuckt, sollte er sich die eigene katastrophale Bilanz rot-grün bestimmter Wirtschafts- und Finanzpolitik anschauen: ■ **Unsozial ist eine Politik**, die bei über vier Millionen Arbeitslosen mit „ruhiger Hand“ tatenlos zuschaut. ■ **Unsozial ist eine Wirtschaftspolitik**, die zur Folge hat, dass in Deutschland alle 15 Minuten ein

Unternehmen Pleite geht. ■ **Unsozial ist eine Ökosteuer**, die vor allem zu Lasten von Familien, Rentnern und Arbeitslosen geht.

■ **Unsozial ist die Bestrafung** allein Erziehender durch die Streichung des Haushaltsfreibetrages. Unter Rot-Grün hat sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet.

Herr Eichel hat eine verfehlte Steuerreform zu verantworten, die den Mittelstand einseitig benachteiligt, die großen Kapitalgesellschaften zurzeit praktisch steuerfrei stellt und

zu einem dramatischen Einbruch des Aufkommens aus der Körperschaftsteuer geführt hat. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger ist inzwischen bei 56,6 Prozent des Bruttoeinkommens angelangt. Das sind 1,5 Prozentpunkte mehr als beim Regierungswechsel 1998.

Das Ziel, den Arbeitnehmern mehr Geld in der Tasche zu lassen, ist nicht unsozial, sondern notwendig. Deutschland braucht endlich wieder eine bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik.

ermittler Dr. Hirsch und den ihn unterstützenden Bediensteten der Abteilung I des Bundeskanzleramtes unternommen?

■ In welchem Umfang und seit welcher Zeit stehen von der Staatsanwaltschaft Bonn in dem Ermittlungsverfahren (50 Js 816/00) wegen angeblich verschwundener Akten und angeblicher Datenlöschungen im Kanzleramt von der Staatsanwaltschaft (vergl. Welt am Sonntag vom 14. April) erbetene Stellungnahmen des Kanzleramtes aus und warum?

**Multiple Choice.** *Brutalstmögliche Aufklärung per multiple choice. Wie das geht, präsentiert seit einigen Tagen die SPD. Im Nebel des Kölner Spendenfilzes kann sich die Öffentlichkeit aussuchen, ob dem ins Zwielflicht geratenen Generalsekretär Müntefering eine vorläufige Spenderliste ■ vorgelegen, ■ nicht vorgelegen hat, ob sie ■ aus Zeitmangel von ihm nicht abgerufen oder ■ mangels Glaubwürdigkeit*

*unter Verschluss gehalten wurde.* Financial Times

**Eine Lüge?** *Langsam, aber unaufhaltsam ereilt den SPD-General Müntefering die Wahrheit. Über die Spenderliste der Kölner Sumpf-Genossen war ihm durchaus schon etwas zu Ohren gekommen, als er vor dem Untersuchungsausschuss aussagte. Doch er behauptete, er wisse von nichts. Wie nennt man das? Eine Lüge? Bild*

# Rot-grüne Renten: Auswirkung auf das Wahlverhalten nicht ausgeschlossen

„Rapid Response“ aus der Bundesgeschäftsstelle auf Behauptungen von Walter Riester auf dem Kongress der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) am 12. April in Saarbrücken:

**Riester:** „Wenn ich die tagtägliche Praxis erlebe, wie Ältere aus den Arbeitsprozessen rausgedrängt werden und Mitarbeiter in den Arbeitsämtern händeringend versuchen, 50-, 55-, 56jährige in den Arbeitsprozess einzugliedern, und wir dann Annoncen lesen in der Zeitung, dass der Arbeitsplatz aber bitte schön einem über 45jährigen nicht mehr angeboten wird: das ist die Verlogenheit, in der wir stehen. Gegen diese Verlogenheit müssen wir angehen.“

## FAKT:

**Apropos „verlogen“: Riester will Renten-Informationen für ältere Bürger erst nach der Wahl**

„Das Bundesarbeitsministerium ist mit der Bitte an

den Verband herangetreten, in den ersten Monaten [nach dem Beginn am 1. Juli] den Versand der Renteninformation auf jüngere Jahrgänge zu konzentrieren.“ (Rundschreiben des Verbandes deutscher Rentenversicherer, Süddeutsche Zeitung, 30. März)

„Grund ist, dass bei älteren Jahrgängen wegen eventuell zu gering ermittelter Rentenbeträge eine Auswirkung auf das Wahlverhalten nicht ausgeschlossen werden kann.“ (VDR-Rechenzentrum Würzburg, Süddeutsche Zeitung, 30. März)

## „Unglaublich: Riesters Mini-Renten“

„Denn der SPD-Politiker befürchtet, dass seine Kürzungen bei den Altersgeldern von der Opposition ausgeschlachtet werden. Riester weiß: Es ist ein großer Unterschied, ob die Union gegen ein abstraktes Rentenniveau von 64 Prozent wettet – oder ob es Informationsbriefe gibt, in denen ältere Bürger schwarz auf weiß lesen können, dass sie im Alter nur ein karges Einkommen von beispielsweise 800 Euro erwarten

dürfen. Der Arbeitsminister sieht die Wahlchancen der SPD schwinden, wenn es zu Schlagzeilen wie ‘Unglaublich: Riesters Mini-Renten’ kommt. [...] Die Älteren, so viel ist klar, sollen die Wahrheit erst nach der Wahl erfahren.“ (Süddeutsche Zeitung, 30. März)

**Riester:** „Natürlich können wir darauf hinweisen, dass sich in den letzten dreieinhalb Jahren die Anzahl der Erwerbstätigen um über 1,1 Mio angehoben hat.“

## FAKT:

### Keine neuen Jobs

Es sind keine neuen Stellen entstanden. Im Wesentlichen resultieren die 1,1 Millionen aus der Zwangsaufnahme von 630-Mark- (325-Euro-) Jobs in die Erwerbstätigenstatistik. Die Zahl der Beschäftigten hat rein statistisch allein deswegen zugelegt, weil die früheren 630-DM-Beschäftigten nunmehr in der Statistik mitzählen und diese um 1,77 Millionen „neue“ Beschäftigte aufgebläht haben.



(Auskunft des Parl. Staatssek. Gerd Andres, S. 21f.)

In Wirklichkeit hat die Regierung Schröder jedoch keine zusätzliche Beschäftigung geschaffen, was an den jährlich geleisteten Arbeitsstunden abzulesen ist. „Bei der produktionswirksamen Entwicklung des Arbeitseinsatzes in Deutschland kommt es nicht nur auf die Anzahl der Erwerbstätigen an, sondern auch auf die effektiv realisierte Arbeitszeit, also das gesamtwirtschaftlich geleistete Arbeitsvolumen. Das Arbeitsvolumen ist im Jahr 2001 um 1,0 v.H. zurückgegangen.“ (Jahresgutachten 2001/2002 des Sachverständigenrates, Rn. 169)

### Stillstand im Jahr 2001

„In Deutschland waren im Jahre 2001 durchschnittlich 38,7 Millionen Personen erwerbstätig. Dies sind lediglich 35.000 Personen oder 0,1 v.H. mehr als im Vorjahr. Damit hat sich der seit dem Jahre 1998 währende Beschäftigungsaufbau nicht mehr fortgesetzt, er ist im Jahresdurchschnitt nahezu zum Erliegen gekommen. Stieg die Anzahl der erwerbstätigen Personen im ersten Quartal noch um 0,6 v.H. im Vergleich zum Vorjahresquartal, so kam es im

zweiten Halbjahr zu einem Rückgang um 0,1 v.H.“ (Jahresgutachten 2001/2002 des Sachverständigenrates, Rn. 166)

**Riester:** „Mit der Politik, die wir eingeleitet haben und die wir in dieser Weise auch weiterreiben müssen, auch in den wichtigen Bereichen anderer sozialpolitischer Bereiche wie den des Gesundheitswesens, werden wir bestehen können.“

### FAKT:

#### Gesundheitssystem heruntergewirtschaftet

Die Finanzen der GKV haben sich unter der Verantwortung der Regierung Schröder von einem Polster in Höhe von 0,86 Mrd. Euro im Jahr 1997 zu einem Defizit im Jahr 2001 in Höhe von 2,8 Mrd. Euro entwickelt. Der durchschnittliche Krankenkassenbeitrag in der GKV liegt bei 14,0%. (Bundesgesundheitsministerium)

Die nach dem Regierungswechsel von Rot-Grün wieder eingeführte Budgetierung schafft die Regierung Schröder zum Januar 2002 wieder ab, weil chronisch Kranke die notwendigen medizinische Versor-

gung nicht mehr bekommen.

#### Zwei-Klassen-Medizin

Die Bundesregierung hat in einigen Bereichen des Gesundheitswesens faktisch bereits eine Zwei-Klassen-Medizin etabliert:

„Wir wollen nicht, dass man Arme und Reiche in Zukunft schon am Lächeln erkennt“, lautete die Aufschrift eines Wahlkampf-Plakates der SPD. Jetzt soll eine Zahnspangenbehandlung nach einer mit Gesundheitsministerin Schmidt abgestimmten Richtlinie des Bundesausschusses der Zahnärzte und Krankenkassen nur noch in besonders schweren Fällen von den gesetzlichen Krankenkassen ersetzt werden (Bild, 2. November 2001). Bei Jugendlichen wird das Einkommen der Eltern zukünftig für das Aussehen der Zähne von Bedeutung sein.

Weitere für gesetzlich versicherte Patienten teure Einschränkungen: Die von der Regierung Schröder genehmigten Richtlinien zur häuslichen Krankenpflege, zur Dialysebehandlung und zu kieferorthopädischen Leistungen.

<http://>

Vollständiger Text:  
[www.wahlfakten.de](http://www.wahlfakten.de)

# Dein Weg in die Zukunft

## ■ Was wird in fünf Jahren sein?

Eine beliebte Frage bei Einstellungsgesprächen: Wo sehen Sie sich in 5 Jahren?

Das ist nicht einfach zu beantworten. Denn wer weiß schon genau, was morgen sein wird. Aber eines ist sicher: Mit der nötigen Bereitschaft anzupacken, seine Rechte wahrzunehmen und selbst Verantwortung zu übernehmen, kann jeder für seine Zukunft viel erreichen.

Die Politik kann das niemandem abnehmen. Aber sie kann die Voraussetzungen dafür schaffen. Wir können dafür sorgen, dass es gute Chancen für alle gibt. Und durch die Vermittlung von Werten und Leitbildern

bieten wir eine Orientierungshilfe, damit jeder sein Leben selbst in die Hand nehmen kann.

Für die CDU gilt: Wir sagen, was wir tun. Und wir tun, was wir sagen. Über die Zukunft diskutieren, Probleme richtig erkennen, sie konkret anpacken und wirklich lösen – das ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe.

## ■ Zuerst die gute Ausbildung.

Der Weg in die Zukunft beginnt für jeden mit einer guten Ausbildung. Deshalb müssen genügend Ausbildungsplätze für interessante Zukunftsberufe zur Verfügung stehen. Hierfür wollen wir die nötigen Voraussetzungen schaffen.

Bereits die schulische Ausbildung sollte an die praktischen Anforderungen angepasst werden. Der Zugang zu modernen Medien, wie z.B. dem Internet, muss an allen Schulen selbstverständlich werden.

Um wertvolle Zeit zu sparen, muss man das Abitur schon nach 12 Jahren absolvieren können. In anderen europäischen Ländern ist das längst kein Thema mehr. Das muss in Deutschland auch überall möglich sein.

Durch verbesserte Lehrpläne und einfachere Prüfungsverfahren muss die Studienzeit an Universitäten verkürzt werden. Der Wettbewerbsvorteil am Technologiestandort Deutschland würde sich so entscheidend verbessern.

## ■ Selbstständig sein.

Junge Leute wollen etwas bewegen und Dinge selbst in die Hand nehmen – privat und beruflich. Und dabei soll "Selbstständigsein" nicht bedeuten, allein gelassen zu werden und alle Startprobleme allein lösen zu müssen. Denn jeder Existenzgründer braucht eine faire Chance, etwa durch günstiges Startkapital und kompetente Beratung.

Nur wenn diese Voraussetzungen gesichert werden, wird es sich lohnen, durchzustarten. Und dafür müssen die Vorbereitungen jetzt beginnen.





## ■ Voneinander profitieren.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft neue Förderungsmöglichkeiten für Vereine, Verbände und Gruppen schaffen. Mit Patenschaften, Sponsoring oder Stipendien werden so neue Aktivitäten in der Freizeit, im Sport und in der Kultur entstehen. Unser Ziel ist es, damit faire Chancen für alle Jugendlichen zu schaffen.

Zugleich ist es uns wichtig, dass sich junge Menschen für andere einsetzen. Menschen aus verschiedenen Kulturen, Szenen und Umfeldern sollen in diesem Land friedlich zusammen leben. So können wir alle voneinander profitieren. Diese Vorhaben fordern das Engagement aller.

## ■ Verantwortung übernehmen.

Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie. Und damit sie funktioniert, kommt es darauf an, dass jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Denn als Nichtwähler schießt man immer ein Eigentor.

Demokratie ist kein Spiel, sondern die entscheidende Voraussetzung für Deine Zukunft. Deine Mei-

## ONLINE-SHOP

### Gut gerüstet

Von Visitenkarten und Großflächenplakaten bis zur kompletten Ausstattung der Wahlkampf-Teams kann jetzt alles per Knopfdruck online bestellt werden.

#### Das bietet der Online-Shop

Neben Faltblättern und Plakaten, Feuerzeugen, Streichholzbriefchen und Brillenputztüchern für den Straßenwahlkampf können auch Polo-Hemden, Baseballmützen und sogar Wind- und Regenjacken bestellt werden. Alle Pro-

dukte werden selbstverständlich individuell bedruckt.

Und so funktioniert's: Auf der Seite [www.kandin.net.de](http://www.kandin.net.de) dem Verweis zum Online-Shop folgen und einfach unter Drucksachen, Teamausstattung oder Werbemittel das gewünschte Produkt aussuchen und über den Bestell-Button die Stückzahl auswählen.

Und noch ein Tipp vom Kandidatenservice: Pünktlich zur Fußball-WM in Korea und Japan bietet der Shop den jetzt schon heiß begehrten Fußball-WM-Faltplan.

nung zählt wie jede andere. Mit uns kannst Du Politik direkt und aktiv mitgestalten. Wir brauchen junge Menschen, die mitdenken und Verantwortung übernehmen.

## ■ Unser Angebot.

Schau einfach ins Internet. Unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de) findest Du aktuelle Informationen. Im CDU-Forum kannst Du online mitdiskutieren. Außerdem gibt es dort ver-

schiedene Möglichkeiten, mit uns Kontakt aufzunehmen. Schreibe uns, was Dir am meisten auf der Seele brennt, was Du anpacken willst – per E-Mail, Brief oder Postkarte.

Es lohnt sich, jetzt die eigene Zukunft mit zu gestalten. Denke mit, diskutiere mit, arbeite mit. Das ist der erste Schritt auf dem Weg in Deine Zukunft.

<http://www.cdu.de>

## Wer bestellt, bezahlt

■ Durch die Riestersche Rentenreform entstehen den Kommunen jährlich Kosten in Höhe von 2,4 Milliarden Euro. ■ Für die rot-grüne Kindergeldregelung müssen die Gemeinden 3,5 Milliarden Euro pro Jahr mitbezahlen. ■ 8 Milliarden Euro machte im letzten Jahr die zusätzliche Sozialhilfe aus, die die Gemeinden für fast 40 Prozent aller Arbeitslosenhilfebezieher aufbringen mussten. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Das sind die Folgen der sehr einfachen Methode Schröder, die Bürger mit neuen Leistungen zu erfreuen ohne zusätzliche Kosten für den Finanzminister.“ Mit der Verankerung des so genannten Konnexitätsprinzips im Grundgesetz könnten diese Folgen verhindert werden. Das heißt: Finanzierungspflicht streng nach dem Verursacherprinzip. Oder: Wer bestellt, bezahlt.

## Versagen bestätigt

■ Es verdichten sich die Hinweise auf unlautere Methoden bei der Vermittlung privater Altersvorsorgeprodukte. Hier zeigt sich, dass das Gesetz der rot-grünen Bundesregierung zur Förderung der privaten Altersvorsorge ein Schnellschuss

war, der zulasten von Verbrauchern und seriösen Anbietern geht. Täglich treten neue Lücken und Nachteile des Gesetzes zutage: ■ bei der Rückzahlung von Fördersummen, ■ bei der zusätzlichen Besteuerung der Erträge im Fall dauerhafter Ausreise oder im Fall einer Scheidung ■ bei den komplizierten Fördervoraussetzungen, die zu zu hohem Verwaltungsaufwand und zu hohen Prämien führen. **Klaus Lippold**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU: „Wenn Verbraucher zusätzliche Gelder für den Abschluss aufbringen, dann muss auch dafür gesorgt werden, dass diese Mittel in vernünftige, rentable und sichere Anlageformen fließen.“

## Ohne Mittelstand

■ Mit dem Projekt „Herkules“ plant der Bundesverteidigungsminister, die gesamte Informationstechnik für zehn Jahre an Konsortien zu vergeben. Dafür soll eine Gesellschaft unter Beteiligung des Bundes gebildet werden. Die neue IT-Gesellschaft soll Eigentümer der Netze, Geräte und Rechenzentren sein. Offensichtlich nicht beabsichtigt ist bei der Gewinnung von Partnern in der Wirtschaft ein echter Wettbewerb unter Beteili-

Rat der Sachverständigen für Umweltfragen an Trittin: Zwangspfand ökologisch zweifelhaft und mit nicht zu rechtfertigen Kosten verbunden

gung des Mittelstands. **Dieterich Austermann**, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „■ Das Vorgehen Scharpings beim Vergabeverfahren im IT-Bereich ist mehr als fragwürdig. ■ So häufig wie in diesem Verfahren hat der Staat noch nie versucht, die eigenen Regeln zu umgehen. ■ In letzter Zeit häufen sich großvolumige Auftragsvergaben, die ohne Ausschreibung zustande kommen.“

## Rückgängig gemacht

■ Anfang März auf dem SPD-Parteitag Ost in Magdeburg hat Bundeskanzler Schröder vor laufenden Kameras verkündet: Die Lohnangleichung in den neuen Bundesländern muss bis spätestens 2007 erfolgen. Vor den Bundeswehrkommandeuren in Hannover hat er genau diese Ankündigung jetzt wieder rückgängig gemacht. **Günter Nooke**, Sprecher der Abgeordneten der neuen Länder in der CDU/CSU: „Der zeitliche Abstand zwischen den Versprechen Schröders und dem Brechen dieser Versprechen wird immer kürzer.“

UD



**SIE SINKT NICHT**, wie in den Medien immer wieder behauptet wird. Sie steigt: die Staatsverschuldung – immer weiter, nur etwas langsamer als vorher. Die Zahlen: Ende 1998, kurz nach dem Regierungswechsel beliefen sich die Schulden der öffentlichen Haushalte laut Statistischem Bundesamt auf 1154 Milliarden Euro. Heute beträgt die Schuldenlast 1225 Milliarden Euro. Zuwachsgeschwindigkeit: 1333 Euro pro Sekunde.

**STARK GESUNKEN** ist nach Angaben von Kressreport im vergangenen Jahr der Umsatz der Spiegel-Gruppe: auf 314 Millionen Euro gegenüber 351,7 Millionen im Jahr 2000. Am härtesten hat es mit einem Einbruch um 12,6 Prozent den stärksten Umsatzbringer, den Spiegel-Verlag, getroffen.

**DRAMATISCH ERHÖHT** hat sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs die Zahl der Aussiedler. Während zwischen 1950 und 1989 knapp eine Million Deutschstämmige in die Bundesrepublik kamen, waren es zwischen 1990 und 2001 2,2 Millionen. Herkunftsländer: ehemalige Sowjetunion, Polen, Rumänien. 1994 kamen von 220.000 Aussiedlern 213.000 aus den GUS-Staaten.

**ZERTIFIZIERUNG** – unter diesem Wort kann sich nur eine Minderheit der Deutschen etwas vorstellen. Insbesondere weiß kaum einer, was es im Zusammenhang mit der so genannten Riester-Rente bedeutet. Nur eins hat sich bei den meisten festgesetzt: hohe Erwartungen an den Staat. Ad Rijken, Vertriebsvorstand bei der Delta Lloyd: „Das sind sehr viel höhere Erwartungen als das, was die Zertifizierung der Riester-Produkte letztlich gewährleistet.“

**200 MIO EURO** – das ist die Höhe der Schäden, die nach einer Bilanz des Deutschen Städtetags durch Farbsprühereien angerichtet werden. Die Hälfte der Schäden entfällt auf öffentliche Verkehrsmittel. Private Gebäude wurden mit etwa 60 Millionen Euro geschädigt, öffentliche mit rund 40 Millionen. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin und Vizepräsidentin des Städtetags, Petra Roth: „Farbschmierereien sind keine Kunst.“ Sie unterstützt deshalb einen Gesetzentwurf, der die strafrechtliche Verfolgung von *sprayern* erleichtert.

**„ENTSCHLOSSEN**, den so genannten genetischen Fingerabdruck zur Aufklär-

ung von Kapital- und Sexualverbrechen verstärkt zu nutzen“, ist der hessische Justizminister Christean Wagner. Bereits durch kleinste Spuren könne eine sichere Zuordnung von Tat und Täter erfolgen. Wagner setzt sich für den Ausbau der DNA-Analyse-Datei beim Bundeskriminalamt ein. Dort seien bisher nur 130.000 Datensätze gespeichert. Die Behörde verfügt dagegen über die konventionellen Fingerabdrücke von 2,9 Millionen Bürgern.

**SITZENBLEIBEN** soll nach Meinung einer großen Mehrheit der Deutschen nicht abgeschafft werden. 79 Prozent sind nach einer Forsa-Umfrage dagegen. Die niedersächsische Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper (SPD) hatte gefordert, Schüler künftig auch bei schlechten Noten zu versetzen.

**WEGEN AKUTER** Gefahr ist im vergangenen Jahr 10.700 Lastwagen die Weiterfahrt untersagt worden. 460 ausländische Fahrer wurden wegen schwerwiegender Mängel bereits an der Grenze zurückgewiesen. Insgesamt fiel jedes fünfte Fahrzeug durch technische Mängel oder Verstöße der Fahrer auf. **UID**

# Von den Ankündigungen der Regierung ist **nicht mehr viel übrig** geblieben

Nach den Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon vom 11. September 2001 gab es in den USA eine weitere Folge terroristischer Anschläge, die in den Vereinigten Staaten, aber auch in anderen Ländern Besorgnis und große Ängste auslöste. Briefe, die mit Milzbrand-Erregern kontaminiert worden waren, forderten fünf Todesopfer. Insgesamt registrierten die US-Behörden 18 verseuchte Briefe und etwa 16.000 Alarmmeldungen.

Aufgrund der verhältnismäßig geringen Opferzahl der Milzbrand-Attacken in den USA zu folgern, die von biologischen Waffen (B-Waffen) ausgehende Gefahr als Mittel der Kriegführung oder des Terrors sei zu vernachlässigen, wäre ein tragischer Irrtum. Auch wenn Panik und apokalyptische Weltuntergangsszenarien unangemessen sind, ist es dringend geboten, sich so weit wie möglich gegen B-Waffen zu schützen.

B-Waffen kommen als Krankheitserreger (Viren

BESCHLUSS DES  
BUNDESFACHAUSSCHUSSES UNTER  
DER LEITUNG  
VON FRIEDBERT  
PFLÜGER

oder Bakterien) in der Natur vor. Die Verbreitung oder die Beschaffung dieser Erreger kann nie mit vollständiger Gewissheit unterbunden werden. Dies bedeutet aber nicht, dass die Beschaffung von Erregern leicht wäre und man sich quasi im „Sandkasten der Natur“ bedienen könne.

Entgegen oftmals verbreiteter Meldungen sind biologische Waffen keineswegs leicht herzustellen und vor allem nur sehr schwereffektiv auszubringen. Hierfür sind ein erhebliches Know-how und große technische Kapazitäten erforderlich. Wenn es aber doch gelingt, diese Herausforderungen zu bewältigen, droht durch B-Waffen ein enormer Schaden.

Eine besondere Gefahr besteht darin, dass Terroristen oder feindliche Regime

das Wissen über die rasch zunehmenden Erkenntnisse in der Biotechnologie für den Bau von B-Waffen benutzen, denn in einer globalisierten Weltwirtschaft kann die Weiterverbreitung von Wissen nicht auf Dauer unterbunden werden. Sowohl die Kenntnisse als auch die technischen Kapazitäten, die in der Biotechnologie für sinnvolle Zwecke einsetzbar sind, können auch zur Herstellung von B-Waffen missbraucht werden, wenn ein entsprechender Erreger vorhanden ist.

Zu bedenken ist, dass eine prophylaktische Impfung großer Teile der Bevölkerung gegen sämtliche in Frage kommenden B-Kampfstoffe weder medizinisch sinnvoll ist noch wirtschaftlich und finanziell zu bewältigen wäre. Dies bedeutet, dass neben Anstrengungen zur Verhinderung der Verbreitung von B-Waffen vor allem Maßnahmen zur Ereignisbewältigung im Vordergrund stehen müssen.

Die Bundesregierung hat nach dem 11. September grundlegende Verbesserun-



gen in den Bereichen Prävention und Katastrophenbewältigung angekündigt. Hiervon ist nach dem Abschwächen des öffentlichen Interesses nicht mehr viel übrig geblieben. Nach wie vor ist Deutschland auf Zwischenfälle mit biologischen Waffen nicht ausreichend vorbereitet.

### Die CDU schlägt deshalb folgende Maßnahmen vor:

■ Der Zugang zu Erregern muss so weit wie möglich erschwert werden. Die Abgabe von Erregern zu medizinischen Forschungszwecken ist streng zu kontrollieren. Hierfür müssen international einheitliche Mindeststandards geschaffen werden. Die Abgabe von Erregern muss zudem international erfasst und nachvollzogen werden können.

■ Nötig sind strenge Sicherheitsüberprüfungen aller Personen, die Zugang zu B-Waffen-Erregern haben. Dies geschieht bereits in Deutschland, wo für den Zugang zu besonders gefährlichen Erregern eine so genannte Umgangsgenehmigung nötig ist. Allerdings müssen auch hier strenge internationale Mindeststandards geschaffen werden, da

das hohe deutsche Sicherheitsniveau nicht überall erreicht wird.

■ Strenge Lieferkontrollen für technische Ausrüstungsgegenstände, die zur Herstellung von B-Waffen verwendet werden könnten. Der Verkauf technischer Einrichtungen auf dem allgemeinen Markt sollte bei besonders sensiblen Geräten erfasst werden. Allerdings tritt in diesem Zusammenhang in besonderem Maße die Dual-use-Problematik auf.

■ Das Übereinkommen über biologische Waffen, dem beizutreten alle Nicht-Mitgliedstaaten aufgefordert sind, muss um einen Verifikationsmechanismus ergänzt werden, der Inspektionen vor Ort erlaubt, um die Vertragstreue überprüfen zu können. Zudem muss die Grauzone zwischen offensiver und defensiver B-Waffen-Forschung verkleinert werden. Wie das nach dem Zweiten Golfkrieg aufgedeckte irakische Atomwaffenprogramm zeigte, bringen internationale Konventionen zwar nur einen begrenzten Schutz, doch können sie zu steigenden Beschaffungs- und Entwicklungskosten führen und das Risiko, bei der Beschaffung oder Entwicklung entdeckt zu werden, erhöhen.



*Friedberg Pflüger: Bio-Waffen sind entgegen landläufiger Meinung nicht leicht herzustellen. Gelingt es aber, die Schwierigkeiten zu meistern, dann richten sie großen Schaden an.*

■ Notwendig ist die Verstärkung der nachrichtendienstlichen Ermittlung. Hierfür muss der Bundesnachrichtendienst politisch eine stärkere Unterstützung erfahren und die geheimdienstliche Zusammenarbeit mit anderen Nationen enger gestaltet werden.

■ Die internationale Hilfe zur Verhinderung des *brain drain* – insbesondere aus der ehemaligen UdSSR, die ein B-Waffenprogramm unterhielt – muss fortgeführt bzw. intensiviert werden, um eine Abwerbung von Wissenschaftlern, die in der B-Waffen-Forschung tätig waren, zu verhindern.

■ Verbesserung der Fähigkeiten, B-Waffen detektieren und identifizieren zu können. Die Forschung sollte international bzw. auf eu-



ropäischer Ebene koordiniert werden.

■ **Stärkung der Forschung an Impfstoffen und Medikamenten.** Auch hier sollte die Forschung international bzw. auf europäischer Ebene koordiniert werden.

■ **Bevorratung einer angemessenen Menge von Medikamenten und Impfstoffen.** Auch hier sollten grenzüberschreitende Absprachen angestrebt werden.

■ **Stärkung der zivilen und militärischen B-Schutz-Einheiten.** Der Katastrophenschutz (z.B. das THW), der in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt wurde, muss wieder besser ausgestattet werden.

■ **Schulung des medizinischen Personals über die Gefahren von B-Waffen und die möglichen Gegenmaßnahmen.**

■ **Sicherstellung einer raschen Verfügbarkeit einer Mindestzahl von Isolations- bzw. Quarantänestationen mit der entsprechenden medizinischen Ausstattung, um Erkrankten helfen zu können und eine weitere Ausbreitung der Krankheit bzw. Seuche zu verhindern.** Die Bundeswehrkrankenhäuser, deren Ausstattung verbessert werden muss, sind in ein Gesamtkonzept zur medizinischen Versorgung einzubeziehen.

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

## Rot-Grün bevormundet Patienten und Versicherungen

**Zum Konflikt zwischen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und der Ärzteschaft erklärte die Beauftragte für Verbraucherfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**



Der Präsident der Bundesärztekammer, Jörg-Dietrich Hoppe, legt den Finger in die Wunde: Unter Rot-Grün dominiert der Bürokratismus über die menschliche Zuwendung. Statt freier Arztwahl Staatsmedizin. Die Therapiefreiheit des Arztes wird einer Listenmedizin geopfert. Und statt den Wettbewerb auszubauen, werden die Weichen für eine Einheitsversicherung gestellt.

Auch die von SPD-nahen Experten ausgearbeitete Vorlage für das Wahlprogramm der SPD verheißt für die Patienten nichts Gutes. Der Patient wird nicht in seiner persönlichen Lage gesehen, sondern auf Standardmaße reduziert. Obwohl die Ärzte bereits seit geraumer

Zeit vor einem Ärztemangel, insbesondere in den neuen Ländern, warnen, ist die Regierung untätig geblieben. Die Budgetierung der ärzt-

lichen Honorare führt zu einem Verfall der Preise ärztlicher Leistungen, gefährdet damit die wirtschaftliche Existenz einer Arztpraxis und somit auf Dauer eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung.

Die CDU/CSU-Fraktion ist deshalb für eine Beendigung der Budgetierung eingetreten. Sie fordert für medizinisch notwendige Leistungen feste Preise und tritt für eine Stärkung der Freiberuflichkeit ein.

Trotz des desaströsen Zustands unseres Gesundheitswesens hat die SPD nichts gelernt. Ihre jetzt bekannt gewordenen Grundzüge für ein Wahlprogramm verraten, dass sie weiter auf Gängelung der Patienten und Einschränkungen der ärztlichen Therapiefreiheit setzt.



# Rot-Grün **versagt** bei Wachstum und Beschäftigung

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der MIT und CDU-Abgeordnete Hartmut Schauerte hat die vier größten Bundesländer miteinander verglichen: Das „Rot-Grüne Projekt“ hat auf Bundes- und Landesebene bei Wachstum und Beschäftigung versagt.

■ **BEISPIEL Wirtschaftskraft:** Das Wirtschaftswachstum in NRW betrug 2001 0,1% und in Niedersachsen 0,3%. Baden-Württemberg hatte hingegen ein Wirtschaftswachstum von 1,3% und Bayern von 0,9%. Der Durchschnitt der alten Länder lag bei 0,7%. Dieser Trend setzt sich bei Betrachtung aller Länder auch in der Langfristperspektive fort. CDU-geführte Bundesländer hatten 2001 im Schnitt ein Wachstum von 1,0%, SPD-geführte von -0,35%. In NRW und Niedersachsen war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes 1995 bis 2000 kaum halb so hoch wie in Bayern.

■ **BEISPIEL Arbeits- und Ausbildungsplätze:** Das geringe Wirtschaftswachs-

tum hat naturgemäß Auswirkungen auf den schleppenden Rückgang der Arbeitslosenquote. So war die Arbeitslosenquote in NRW (9,6%) und Niedersachsen (9,8%) im Jahresdurchschnitt 2001 fast doppelt so hoch wie in Bayern (5,2%) und Baden-Württemberg mit (4,9%). Auch die Jugendarbeitslosigkeit lag in NRW (9,6%) und Niedersachsen (10,3%) deutlich höher als in Bayern (7%) und Baden-Württemberg (5,5%). Hinzu kommt das viel geringere Ausbildungsangebot in den SPD-regierten Bundesländern. So liegen Bayern (866) und Baden-Württemberg (827) bei den gemeldeten Berufsausbildungsstellen pro 100.000 Einwohner deutlich vor dem Durchschnitt der alten Länder (747) und Niedersachsen (746). Die rote Laterne hat auch hier NRW mit 698.

■ **BEISPIEL Selbständigenquote:** Auf Grund der verfehlten Wirtschafts- und Mittelstandspolitik standen allein bis Ende Oktober letzten Jahres in NRW mit 4.549 eröffneten Insolvenzverfahren fast doppelt so viele Un-

ternehmen vor der Pleite wie in Bayern. Im Saldo der An- und Abmeldungen von Gewerben pro 100.000 Einwohnern gab es 2001 in NRW gerade einmal ein Plus von 56. In Bayern waren es mit 141 fast dreimal so viele.

■ **BEISPIEL Patentanmeldungen:** Von 53.521 Patentanmeldungen in 2000 kamen fast die Hälfte aus Bayern (13.301) und Baden-Württemberg (12.486).

■ **Hartmut Schauerte:** „Wenige Monate vor der Bundestagswahl am 22. September wird immer klarer: Mit Rot-Grün sind Wachstum und Beschäftigung nicht zu schaffen. Wirtschaftspolitische Inkompetenz und ‚Aussetzen‘ sind zum Markenzeichen einer verfehlten Politik geworden, während unionsgeführte Länder durch bessere Konzepte mehr für unsere Bürger erreichen. Der Vergleich aller wichtigen ökonomischen Kennzahlen spricht eine deutliche Sprache: Diese Bundesregierung hat den Wählerauftrag nicht erfüllt.“

**UD**



## 1. MAI

## Gebrochene Versprechen und enttäuschte Erwartungen

Auf der Suche nach knalligen Botschaften hat sich die Arbeitnehmerschaft der CDU jetzt was einfallen lassen. Ein „Aha!“ scheint garantiert. Es rückt der 1. Mai näher, der Tag der Arbeit. „Erstmals verzichtet die CDA in diesem Jahr auf einen neuen Maiaufruf“, erklärt jetzt der Sozialflügel der CDU. Die Chance bewusst verpassen? Nein, so einfach ist es natürlich nicht. Der Verzicht auf eine eigene Maibotschaft ist gekoppelt an eine Wiederholung. Die CDA macht sich nämlich den Maiaufruf des DGB von 1998 zu eigen: „Deutschland braucht eine andere Politik. Die Menschen haben das Vertrauen verloren in eine Politik, die vorwiegend aus gebrochenen Versprechen und enttäuschten Erwartungen besteht. Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau gefährden den sozialen Frieden.“ Der Tagespiegel

## KIRCH

## Jetzt wird sich zeigen

Mit Kirchs Gang zum Insolvenzrichter endet eine atemberaubende Gründergeschichte, aber auch eine medienpolitische Ära. Jetzt wird sich zeigen, ob die deutsche Politik reif ist für eine globalen Spielregeln folgende Medienwirtschaft oder ob sie die strategischen Fehler von Kirch nur als Vorwand nutzt, um schleunigst in die alte, lauwarm temperierte Treibhauskultur der deutschen Staatsmedienlandschaft zurückzukehren. Die Welt

## Es geht auch um Medienpolitik

Die unausweichliche Insolvenz der Mediengruppe Kirch ist zunächst einmal ein Sieg marktwirtschaftlicher Vernunft über das politische Kalkül, die Quittung für eine unternehmerische Fehlrechnung. Noch ist es zu früh, aus diesem Zusammenbruch, einer der größ-

ten Pleiten der Nachkriegszeit, schon auf das Ende der Deutschland AG auf dem Markt der elektronischen Medien zu schließen. Nach wie vor ist der Markt stark reguliert, was mit dem Niedergang des Kirch-Imperiums beigetragen hat. Dass es hierbei nicht allein um Industriepolitik, sondern auch um Medienpolitik geht, liegt auf der Hand. FAZ

## Die Karten werden neu gemischt

Der Traumfilm ist gerissen. Der märchenhafte Aufstieg des Leo Kirch vom Filmhändler aus der fränkischen Provinz zum mächtigsten Medienunternehmer in Europa ist zu Ende gegangen. Die größte Pleite in der Geschichte der Bundesrepublik stellt eine Zäsur dar – sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die von Regierungen geförderte Stabilität auf dem deutschen TV-Markt gehört der Vergangenheit an. Die Kirch-Pleite ist in allen Konsequenzen noch gar nicht überschaubar. Eines ist klar: Die Karten in



NEU

Gründungsjahr 1929

NPOST  
WIRTSCHAFTS  
KUR

Deutschland werden neu ge-  
mischt. Handelsblatt

## MINDERHEIT

### Für Rot-Grün sehr blamabel

Das Recht parlamentarischer Minderheiten, von der Mehrheit nicht übergangen zu werden, ist auch hinter den Türen eines Untersuchungsausschusses gültig. Das Bundesverfassungsrecht hat mit diesem Tenor der Unionsfraktion im Bundestag Recht gegeben, die sich über die willkürliche Schließung der Zeugenliste im Parteispendenausschuss beschwert hatte. Das Urteil ist für die rot-grüne Ausschussmehrheit sehr blamabel. Die Welt

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

### Hat Frau Simonis gelogen?

Als der Staatskanzlei-Chef in Schleswig-Holstein zurücktrat, wusste man schon, dass

die Luft brennt. Denn Klaus Gärtner war für die Ministerpräsidentin eigentlich unentbehrlich. Es ging offenbar um Wichtigeres, spricht: um Frau Simonis selbst. Die hat sich darauf festgelegt, in der Kieler Korruptionsaffäre frei von persönlicher Verantwortung zu sein. Sobald sie vom „Doppelleben“, also den privatwirtschaftlichen Nebentätigkeiten des später festgenommenen Expo-Beauftragten Pröhl, erfahren habe, habe sie die Prüfung der Vorgänge veranlasst. Inzwischen wird Frau Simonis' Darlegung von Außenstehenden in Abrede gestellt. Angeblich sei sie seit langem informiert gewesen. Hat Frau Simonis also die Öffentlichkeit belogen, als sie sagte: „Ich wusste von nichts“? FAZ

## IG-METALL

### Kampf dem Mitglieder- schwund

Wenn der Gewerkschaftsboss „6,5 Prozent“ sagt, wird das schon seine Rich-

tigkeit haben. Die Zahl schrumpft bis zur Einigung ohnehin noch. Schließlich geht es um viel mehr, z.B. um das Ende der Bescheidenheit. Außerdem darum, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, um sich gegenüber seiner Klientel wieder attraktiv zu zeigen: Kampf dem Mitgliederschwund!

Rheinischer Merkur

## UNGARN

### Bekenntnis zu Europa

In der ersten Runde der Parlamentswahlen haben die ungarischen Wähler den oppositionellen Sozialisten einen knappen Sieg beschert. Das Votum ist eine Absage an den Populismus der regierenden Fidesz-Partei des Ministerpräsidenten Orban und den Rechtsextremismus der Gerechtigkeitspartei. Das Wahlergebnis ist aber auch ein Bekenntnis zu Europa und zur Marktwirtschaft, denn die Sozialisten haben sich ohne Wenn und Aber für den EU-Beitritt ausgesprochen. Financial Times Deutschland

**Plakat „Politik braucht Frauen**

DIN A 1

Best.-Nr.: **7821**

25 Expl.: 13,00 € (15,00 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: **7822**

25 Expl.: 17,50 € (20,30 €)

**»POLITIK  
BRAUCHT  
FRAUEN!«**

POLITIK BRAUCHT FRAUEN!



**Frauen-Union „Rahmenplakat“**

DIN A 1

Best.-Nr.: **8819**

25 Expl.: 13,00 € (15,00 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: **8820**

25 Expl.: 17,50 € (20,30 €)

**Rednerplakat „Maria Böhmer“**

DIN A 1

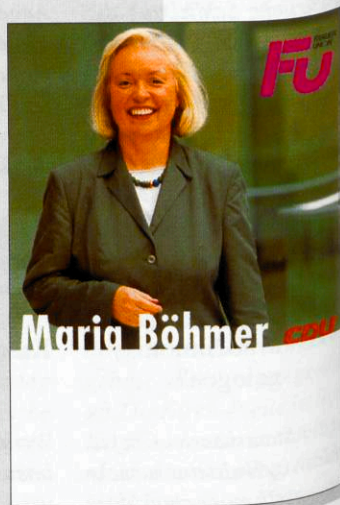
Best.-Nr.: **8817**

25 Expl.: 13,00 € (15,00 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: **8816**

25 Expl.: 17,50 € (20,30 €)







**Finanzen**

**Kommunen stärken**

Finanziellen Handlungsspielraum zurückgewinnen!



**Leporello „Finanzen – Kommunen stärken“**

Best.-Nr.: **2850**

100 Expl.: 15,00 €

(16,05 €)

**Statut,  
Stand 1.3.2002**

Best.-Nr.: **3363**

20 Expl.: 11,50 €

(12,30€)

Leitsätze

**Leitsätze zu Entscheidungen  
des Bundesparteigerichts der CDU**

1969 bis 2000



**Leitsätze Parteigericht,**

Best.-Nr.: **3723**

20 Expl.: 36,00 € (38,52 €)

Statut

**Statut der CDU Deutschlands**

Finanz- und  
Beitragsordnung  
Parteigerichtsordnung  
Geschäftsordnung  
Parteilengesetz



Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen  
berechnet.

## Ballongas Helium

--	--	--	--

**Bestellschein**  
- Außenwerbemittel -

**CDU-Bundesgeschäftsstelle**  
Bereich Produktion und Distribution  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin  
Fax: 0 30-2 20 70-3 89



**Absender/KV-Nr.**  
**Rechnungsanschrift**

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

**Lieferanschrift** (falls nicht identisch)

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

**Anliefertag:**

**Abholtag**

(Bitte unbedingt eintragen!)

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	<b>Flaschengröße N10</b> 2,7 cbm/ca. 180 Ballons	104,40 € (121,10 €)	
	<b>Flaschengröße N20</b> 5,5 cbm/ca. 360 Ballons	136,80 € (158,69 €)	
	<b>Flaschengröße N30</b> 8,2 cbm/ca. 540 Ballons	167,20 € (194,18 €)	

Datum

Unterschrift





- Bei den Heliumflaschen handelt sich um sog. Leichtgewichtszylinder mit einem Gewicht von 12 kg bis 49 kg.
- Die Flaschen sind bereits mit einem Ventil ausgestattet und verfügen über eine eingebaute Inhaltsanzeige.
- Auf der jeweiligen Helium-Flasche befindet sich eine ausführliche Bedienungsanleitung.
- Im Preis sind die Kosten für die Anlieferung und für die Abholung bereits eingerechnet. Die Berechnung erfolgt durch den Lieferanten.

**Service:**

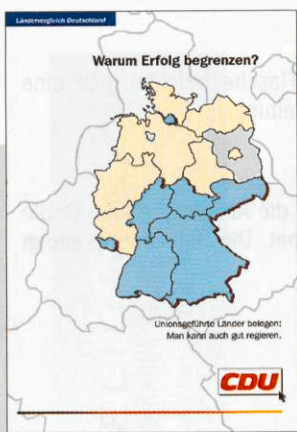
**Miete:** Die ersten 30 Tage mietfrei, danach fallen pro angefangenen Monat 26,00 € (30,16 €) Mietkosten pro Flasche an.

**Pfand:** Keine Pfandhinterlegung.

**Lieferzeit:** Innerhalb von 24 Stunden bei Auftragserteilung bis 10.00 Uhr.

**Rückgabe:** Angebrochene Flaschen werden voll berechnet. Bei vollen Flaschen wird eine Bearbeitungsgebühr von 20 % erhoben. Volle Flaschen vor Rückgabe unbedingt kennzeichnen! Weitere Kosten fallen somit nicht an.

Union Betriebs GmbH  
 Postfach 1190  
 53348 Rheinbach  
 PVSt, Deutsche Post AG  
 Entgelt bezahlt.

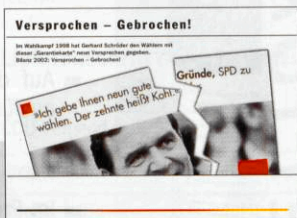


## Faltplan „Ländervergleich“

Unionsgeführte Länder  
 belegen: Man kann auch  
 gut regieren

Best.-Nr.: **2865**

50 Expl.: 15,25 € (16,32 €)



## Klappkarte

### „Versprochen - Gebrochen“

Die 9 Wahlversprechen der SPD

Best.-Nr.: **9864**

100 Expl.: 6,90 € (8,00 €)

**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
 – IS-Versandzentrum –  
 Postfach 1162, 33759 Versmold  
 Telefax 05241-804 1892  
 e-mail:  
 cdu-shop@bertelsmann.de